

Beschlussvorlage	Geschäftsbereich	Soziales, Jugend, Schule & Integration
	Ressort / Stadtbetrieb	Eigenbetrieb APH (Alten-u. Altenpflegeheime)
	Bearbeiter/in Telefon (0202) Fax (0202) E-Mail	Ulrich Renziehausen 563 2329 563 8141 ulrich.renziehausen@aph.wuppertal.de
	Datum:	08.01.2021
	Drucks.-Nr.:	VO/0052/21 öffentlich
Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
09.02.2021	Betriebsausschuss APH und KIJU	Empfehlung/Anhörung
23.02.2021	Ausschuss für Finanzen, Beteiligungssteuerung und Betriebsausschuss WAW	Empfehlung/Anhörung
25.02.2021	Hauptausschuss	Empfehlung/Anhörung
01.03.2021	Rat der Stadt Wuppertal	Entscheidung
Zustimmung des von der Bezirksregierung Münster beschiedenen Ausgleichsfonds gem. Pflegeberufe-Ausbildungsfinanzierungsverordnung für die Zeit vom 01.01.2021 bis 31.12.2021		

Grund der Vorlage

Der Rat der Stadt entscheidet nach § 4 der Betriebssatzung für die Alten- und Altenpflegeheime der Stadt Wuppertal vom 30.05.2005 über die Festsetzung der Pflegesätze (Heimentgelte), die von den Alten- und Altenpflegeheime zu erheben sind.

Beschlussvorschlag

1. Der von der Bezirksregierung Münster beschiedene Ausgleichsfond für die Pflegeberufeausbildung in Nordrhein-Westfalen gem. der Pflegeberufe-Ausbildungsfinanzierungsverordnung (PflAFinV) für die Alten- und Altenpflegeheime der Stadt Wuppertal wird für den Zeitraum vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2021 gem. Anlage 01 festgesetzt.
2. Durch die Festsetzung des Ausgleichsfonds werden die Heimentgelte erhöht (s. Anlage 01 - **Heimentgelte neu** -).

Einverständnisse

Entfällt.

Unterschrift

Dr. Kühn

Renziehausen

Begründung

Ab dem Jahr 2020 werden durch eine Gesetzesänderung die bisherigen Ausbildungsberufe Gesundheits- und Krankenpflege, Kinderkrankenpflege und Altenpflege von der generalistischen Ausbildung zur Pflegefachfrau bzw. zum Pflegefachmann abgelöst.

Die Kosten der neuen Pflegeausbildung werden über Ausgleichsfonds auf Landesebene finanziert.

Die Bezirksregierung Münster verwaltet als zuständige Stelle gem. § 26 Absatz 4 des Pflegeberufegesetzes (PflBG) i. V. m. § 1 Pflegeberufezuständigkeitsverordnung (PflAFinV) Nordrhein-Westfalen den Ausgleichsfond für die Pflegeausbildung in Nordrhein-Westfalen. Sie ermittelt den Finanzierungsbedarf und erhebt gem. §§ 26 Absatz 4 Satz, 28 Absatz 1 PflBG i. V. m. der PflAFinV Umlagebeiträge.

Der Finanzierungsbedarf wird anteilig durch Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, das Land Nordrhein-Westfalen, die soziale Pflegeversicherung und die private Pflege-Pflichtversicherung aufgebracht.

Der Ausgleichsfond für die Pflegeausbildung muss gesondert berechnet werden. Der Umlagebeitrag für die Städt. Einrichtungen liegt zwischen 2,30 € und 2,83 € (siehe hierzu beiliegende Aufstellung Heimentgelt).

Anlage

Anlage 01 – Zahlen